

Jan Gerber

Von Lenin zu Al Kaida. Kleine Geschichte des Antimperialismus

In: Prodomo 3/2006

I. Spätestens im August 1914 dementierte das europäische Proletariat einen der emphatischsten Sätze des Kommunistischen Manifests: »Die Arbeiter haben kein Vaterland!« Französische Sozialisten reihten sich begeistert in die Schlangen vor den Mobilisierungsbüros der französischen Armee ein. Georgi Plechanow, der politische Ziehvater Lenins, appellierte an die russische Arbeiterklasse, ihr Vaterland zu verteidigen. Und die Reichstagsfraktion der SPD stimmte geschlossen für die Kriegskredite und folgte damit dem Vorbild ihres Großen Vorsitzenden August Bebel, der schon 1898 erklärt hatte, dass er gegen Russland selbst die »Flinte auf den Buckel« nehmen würde. Die II. Internationale, die noch zwei Jahre vor Kriegsausbruch verkündet hatte, dass sie alles aufbieten werde, um einen Krieg zu verhindern und – falls dies nicht möglich sei – die »Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen«, zerbrach.

Die wenigen Kriegsgegner bemühten sich in der Folge um die Beantwortung der Frage, warum der Kapitalismus bislang nicht, wie von den Theoretikern der II. Internationale immer wieder vorausgesagt, zusammengebrochen war. Ihre Erklärung: Der Kapitalismus ist in eine neue Phase, die Phase des Imperialismus, getreten. Der Imperialismus, der die Epoche des Freihandels seit den 1890er Jahren beendet habe, sei die »geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals«, zugleich allerdings, wie Rosa Luxemburg, von der diese Aussage stammt, ausführt, auch das »sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen«.

Von all den Imperialismustheorien, mit denen die neue Entwicklung erklärt werden sollte, war die Analyse Lenins diejenige, die den größten Einfluss auf die Linke ausüben konnte. Hierfür war nicht nur ihre Kanonisierung in der Komintern bzw. im Machtbereich der Sowjetunion verantwortlich. Die Faszination, die von ihr ausging, dürfte zugleich darin begründet sein, dass sie dem gesunden Menschenverstand, einem der zentralen Ausdrücke des »gesellschaftlich notwendigen Scheins«, sehr weit entgegenkommt. Marx' Materialismus wird von Lenin in die Aussage »Es geht ums große Geld« übersetzt. Seine Herrschafts- und Staatskritik mutiert zur Kritik von »Fremdherrschaft«. Und wirtschaftliche Vorgänge werden tendenziell als Folge des Handelns bestimmter Personen und Personengruppen begriffen, die scheinbar keinen gesellschaftlichen Zwängen ausgesetzt sind. Die Kritik der politischen Ökonomie verwandelt sich damit in Verschwörungstheorie; der historische Prozess degeneriert, wie Eike Hennig vermerkt, zur Tat großer Männer, »diesmal keine Könige und Feldherren, sondern eben Kapitalisten«. Die folgenden drei Grundaussagen der Leninschen Schrift »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« von 1916 dürften daher jedem, der einmal mit anhören musste, wie die weltpolitische Lage in einem deutschen Gartenlokal – oder, in neuerer Zeit, beim kollektiven Frühstücksbrunch – analysiert wird, bekannt vorkommen: 1. Bankkapital und Industriekapital verschmelzen zum Finanzkapital;

eine Finanzoligarchie – mit den Worten Lenins: ein »Häuflein Monopolisten«, »ein paar Hundert Finanzkönige« und »eine Handvoll skrupelloser, in Laster und Luxus erstickender Milliardäre« – übt die Herrschaft aus. 2. Die Herausbildung des Finanzkapitals zieht eine ungeheure Anhäufung von Geldkapital in wenigen Ländern nach sich. Das Finanzkapital ist daher bestrebt, »möglichst viele Ländereien an sich zu reißen, gleichviel welche, gleichviel wo, gleichviel wie, nur auf mögliche Rohstoffquellen« und Investitionsmöglichkeiten für ihren »Kapitalüberschuss« hinzielend, »aus Angst, in dem tollen Kampf um die letzten Brocken der unverteilt Welt oder bei der Neuverteilung der bereits verteilten Stücke zu kurz zu kommen«. Diese Entwicklung schlägt sich 3. in folgender weltpolitischer Konstellation nieder: Eine »ungeheure Mehrheit von Schuldnerstaaten« steht »einer Handvoll Wucherstaaten« gegenüber, die »Schmarotzer am Körper der übrigen Menschheit« seien. In diesen Staaten lebe eine parasitäre »Schicht der Rentner«, deren »Beruf der Müßiggang ist«, in »völlige[r] Isolierung [...] von der Produktion« allein vom »Kuponschneiden«, von »Spekulationen« und anderen »Finanzmachenschaften« (alle Zitate: Lenin).

Lenins Imperialismustheorie beschränkte sich jedoch nicht auf diese Hetze gegen die Zirkulationssphäre und die Wiedergabe von Verschwörungstheorien. Sie bot zugleich – und das mag ein weiterer Grund für ihren Erfolg sein – eine Handlungsoption an: Wenn nämlich der Kapitalismus, wie von den Bolschewiki behauptet, seine Kraft »in der Hauptsache [...] aus seinen Kolonialbesitzungen schöpft«, dann lautet die Schlussfolgerung, dass er in diesen Kolonien und Halbkolonien auch besonders effektiv geschwächt werden kann. Während Marx die Existenz einer bürgerlichen Gesellschaft und einer entwickelten Industriearbeiterschaft als Voraussetzung für den Übergang zum Kommunismus begriff, ernannte Lenin plötzlich die »unterdrückten Völker« zum zweiten revolutionären Subjekt. Die »doppelt Unterdrückten« in der Peripherie seien nicht nur viel eher dazu in der Lage, ein revolutionäres Bewusstsein auszubilden als die teilweise bereits korrumpierten Arbeiter in den Industrienationen. Auch die Staatsmaschinerie sei in diesen Ländern noch nicht so gefestigt wie in den imperialistischen Staaten – und könne daher besser angegriffen werden. Auf die bürgerlichen Revolutionen, so argumentierte Lenin weiter, müsse also nicht mehr gewartet werden; die nationalen Befreiungsbewegungen und die proletarischen Revolutionen würden vielmehr »in einem Strom« zusammenfließen. »Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!« – so lautete dementsprechend die Losung des II. Weltkongresses der Komintern.

II. Voraussetzung für diese Parole war das Konzept des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, das bereits in das erste Programm der SDAPR von 1903 Eingang gefunden hatte, bzw. die Kritik »imperialistischer Fremdherrschaft« über die »unterdrückten Völker«. Die Bolschewiki argumentierten damit ähnlich wie die sozialistischen Kriegsbefürworter, die ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 als Beitrag im Kampf gegen eine drohende »Fremdherrschaft« begriffen wissen wollten. Der Unterschied: Lenin und die Bolschewiki waren zwar nicht frei von Begeisterung für Volkstümelei und Ethnisierung. Im Unterschied zu den Kriegsbefürwortern von 1914 hatte ihre Hinwendung zu den »unterdrückten Völkern« jedoch auch eine realpolitisch-taktische Komponente: Vor 1917 glaubte die russische

Mehrheitssozialdemokratie, das Zarenreich durch die Unterstützung von Unabhängigkeitsbestrebungen destabilisieren zu können. Nach 1917, als die erhofften Revolutionen im Westen ausblieben, benötigte die junge Sowjetunion einerseits Bündnispartner. Andererseits konnten die Kräfte der Entente, die bis 1921 gegen die Rote Armee kämpften, durch Aufstandsbewegungen in ihren Kolonien und Halbkolonien tatsächlich geschwächt werden. Dieses immer auch funktionale Verhältnis zu den nationalen Befreiungsbewegungen spiegelte sich nicht zuletzt in den regelmäßigen Einschränkungen des Selbstbestimmungsrechts der Völker wider: So trat die Rote Armee den Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukraine, Georgiens oder Weißrusslands nach 1917 nicht nur regelmäßig militärisch entgegen und argumentierte mit Lenin, dass »die Interessen des Sozialismus höher stehen als die Interessen des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen«. 1935, als sich die Komintern auf ihrem VII. Weltkongress von der Sozialfaschismusthese verabschiedete, ging sie darüber hinaus auch – wenn auch zunächst nur zaghaft – auf Distanz zum Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Dieser Entscheidung war ein langwieriger Erkenntnisprozess vorangegangen, in dessen Verlauf sich die Komintern unfreiwillig zur Wegbereiterin des Nationalsozialismus gemacht hatte: In Deutschland hatte sich Karl Radek schon 1923 positiv auf Albert Leo Schlageter bezogen, ein Freikorps-Mitglied, das während der Ruhrbesetzung Anschläge auf die französischen Besatzungstruppen verübt hatte. Die Selbstbestimmung der Sudetendeutschen »bis hin zur Lostrennung« wurde von den tschechoslowakischen Kommunisten noch vor den Henlein-Faschisten gefordert. Und Milovan Djilas, ein Mitkämpfer Titos, beschreibt in seinen Lebenserinnerungen, wie die Nationalitäten-Politik der Komintern zu »verhältnismäßig guten Beziehungen zu den Ustaschas«, den kroatischen Faschisten, führte: »Wir hatten einen gemeinsamen Feind, die Regierung und das Regime [...] Vor allem glaubten beide Gruppen, dass Jugoslawien in seine Bestandteile aufgeteilt werden sollte [...] Sowohl Ustaschas als auch Kommunisten waren der Meinung, dass Jugoslawien eine künstliche Schöpfung des imperialistischen Versailler Friedensvertrages sei und daher verschwinden müsse.«

III. Tatsächlich verlor die Sowjetunion am 30. Januar 1933, am Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, ihre Rolle als führende antiimperialistische Kraft an Deutschland. Das Dritte Reich führte all das weiter, was die Bolschewiki in den 10er Jahren begonnen, aus realpolitischen Erwägungen bzw. einer kurzen Eingabe von Vernunft heraus allerdings immer wieder abgebrochen, zurück genommen oder modifiziert hatten: Es unterstützte die »unterdrückten Völker« gegen den Imperialismus, agitierte gegen »Fremdherrschaft« und nahm den Kampf gegen »Parasitismus« auf. Die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung der Sudetendeutschen resultierte in der Zerstörung der Tschechoslowakei. Der »Vielvölkerstaat« Jugoslawien wurde unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker zerschlagen. Und der palästinensische Aufstand gegen die »britische und zionistische Besatzung« 1936 bis 1939 konnte nur mit Hilfe der finanziellen Unterstützung durch das Dritte Reich durchgeführt werden.

Die Begründung für die Nationalitätenpolitik des Nationalsozialismus wurde u.a. in den Schriften Carl Schmitts geliefert. Schmitt stellte dem britischen Empire, seinem Inbegriff des Imperialismus, eine »Großraumordnung« unter deutscher Vormachtstellung gegenüber. Während das Empire ein universalistischer *melting pot* sei, in dem die Völker assimiliert und ihre Unterschiede nivelliert würden, sei der Großraum eine partikularistische Lebensordnung, die auf der »Achtung jedes Volkes als einer durch Art und Ursprung, Blut und Boden bestimmten Lebenswirklichkeit« basiere. Die volkswirtschaftliche Variante dieses Gedankens findet sich in den Schriften Anton Zischkas, eines der erfolgreichsten Propagandaautoren des Dritten Reiches. Zischkas Bücher über den »Sieg der Arbeit« und den »Ölkrieg« – in dem erstmals die Forderung erhoben wurde, kein »Blut für Öl« zu vergießen – lesen sich wie die Weiterführung der Leninschen Imperialismusschriften: Zischka beklagt sich über das »Spekulantentum der Börsen und Banken«, die »Macht der Hochfinanz« und die »Herrschaft der Trusts«, »Monopole« und »Rentner oder Räuber«, die »nur in den Tag hineinleben, nur an die nächste Generalversammlung, an die nächste Dividende« dächten. Lenins Unterscheidung in parasitäre »Wucherstaaten« und »Schuldnerstaaten«, findet schließlich ihre Entsprechung in Zischkas Gegenüberstellung von »zwei Welten«, der »Welt der Arbeit und der des Raubes«, von »Plutokratien«, »Räuberstaaten« und »Geldmächten« auf der einen sowie »Sklavenvölkern« und den »Werkträgern der Erde« auf der anderen Seite.

Der Nationalsozialismus blieb allerdings nicht beim Leninschen Antiimperialismus stehen; er ging vielmehr über ihn hinaus und führte ihn damit zugleich in konsequenter Weise fort. Während Lenins Personifikation der gesellschaftlichen Verhältnisse bei den »Kapitalisten«, »Rentnern« und »Kuponschneidern« stehen blieb, trieb der Nationalsozialismus diese Personifikation bekanntlich weiter und identifizierte das alles beherrschende Subjekt als *jüdischen* »Kapitalisten«, *jüdischen* »Rentner« und *jüdischen* »Kuponschneider«. Die Nationalsozialisten gingen damit – vermutlich ohne es zu wissen – zu den Ursprüngen der Leninschen Imperialismustheorie zurück: So hatte John Atkinson Hobson, auf dessen 1902 erschienener Arbeit »Imperialism. A Study« die Imperialismustheorie Lenins aufbaut und den Lenin immer wieder zustimmend zitiert, zwar zunächst eine allgemeine Kritik der britischen Kolonialpolitik formuliert. Als eigentliches Weltübel, als die Drahtzieher von Ökonomie und Politik, wollte Hobson allerdings Juden verstanden wissen.

Mit dieser Einschätzung war sich Hobson mit den »unterdrückten Völkern«, die vierzig Jahre später durch den Vormarsch der Wehrmacht von britischer, sowjetischer oder serbischer »Fremdherrschaft« befreit wurden, einig. So galt der Jubel der Letten, Ukrainer, Litauer, Esten, Weißrussen, Kroaten usw. zwar zunächst dem Rückzug der Roten Armee, der Royal Army oder der jugoslawischen Nationalstreitkräfte. Kurz nach diesem Rückzug signalisierten die »befreiten Völker« allerdings, wen sie tatsächlich für die »Fremdherrschaft« verantwortlich machten: In den ersten Wochen der deutschen Besatzung Lettlands, Estlands und Litauens ergriffen, wie Raul Hilberg berichtet, baltische Freiwillige die Initiative und gingen so brutal gegen Juden vor, dass der deutsche Generalstab den Befehl gab, die ausufernden »eigenmächtigen« Verhaftungen und Erschießungen sofort einzustellen. Ende Juni 1941, kurz nach der deutschen Eroberung Lembergs, feierten ukrainische Nationalisten ihre Befreiung

aus dem »Völkergefängnis« Sowjetunion mit einem viertägigen Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung. Und in Kroatien, der Ukraine und Estland wurden aus Freiwilligen SS-Divisionen zusammengestellt, deren Mitglieder sich enthusiastisch an der Jagd auf Juden beteiligten.

IV. Dieser »wahre« Antiimperialismus nach deutschem Vorbild fand 1945 zwar ein vorläufiges Ende. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Kern des Antiimperialismus, hatte allerdings auch nach dem 8. Mai nichts mit sozialer Befreiung, der Abschaffung von Unterdrückung oder der Errichtung einer menschlichen Gesellschaft zu tun. Der Ost-West-Konflikt trug allerdings zu einer gewissen Zivilisierung der nationalen Befreiungsbewegungen bei; insbesondere die Sowjetunion übte teilweise einen mäßigenden Einfluss auf ihre Verbündeten aus. So waren die jungen Nationalstaaten, von deren Territorium sich Briten, Franzosen, Belgier oder US-Amerikaner kurz zuvor zurück gezogen hatten, zumeist darauf angewiesen, sich in die Handelsstrukturen des sowjetisch dominierten Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu integrieren. Voraussetzung für diese Integration in die Marktstrukturen der Zweiten Welt war nicht nur die Orientierung an marxistisch-leninistischer Rhetorik. Die Verbündeten der Sowjetunion sahen sich zugleich gezwungen, gewisse zivilisatorische Mindeststandards einzuhalten. So flossen die bürgerlichen und proletarischen Revolutionen in den jungen Nationalstaaten zwar nicht, wie von Lenin erhofft, »in einem Strom« zum Kommunismus zusammen. Im Idealfall – der aufgrund der Erfordernisse des Kalten Krieges, in dem sich die Sowjetunion oft genötigt glaubte, Figuren wie Idi Amin unterstützen zu müssen, leider viel zu selten eintrat – bildeten sich jedoch Regimes heraus, deren Eliten sich bemühten, die französische, also: bürgerliche Revolution mit den Mitteln einer Entwicklungsdiktatur nachzuholen. In Vietnam, Kuba, Nicaragua oder Afghanistan wurde dementsprechend gegen Traditionalismus und Aberglauben vorgegangen, Frauen durften Schulen besuchen, die Alphabetisierungsrate stieg. Mit anderen Worten: Die idealtypischen Verbündeten der Sowjetunion waren trotz aller archaischen Anwendungen keine »wahren« oder konsequenten Antiimperialisten. Sie waren viel eher Eurozentristen, die in Übereinstimmung mit ihrer Schutzmacht einen widersprüchlich-pragmatischen Umgang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker pflegten. Als Hanoi 1945 von einem französischen Expeditionskorps im Süden und vier Kuomintang-Armeen, die plündernd durch den Norden zogen, eingeklemmt wurde, gab Ho Chi Minh dann auch eine klare, am Kontinent der Aufklärung orientierte Präferenz ab: »Lieber ein wenig am Dreck der Franzosen riechen, als ein Leben lang den der Chinesen fressen.«

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre (Ölkrise, Währungskrise usw.) erlebte der »wahre Antiimperialismus« nach deutschem Vorbild schließlich erneut Aufschwung; die sowjetische Politik sah sich immer wieder mit den Resultaten ihrer eigenen antiimperialistischen Propaganda konfrontiert. In mehreren Sowjetrepubliken kam es zu Nationalitätenkonflikten, die von der Miliz nur mit Mühe eingedämmt werden konnten. In Kambodscha errichteten die Roten Khmer 1975 ein autochthones Terrorregime, dessen Raserei nur durch den Einmarsch der mit der Sowjetunion verbündeten vietnamesischen Truppen gestoppt werden konnte. Und in Afghanistan nahmen feudalistische Clans, Sippen

und Stämme die bolschewistische Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker seit dem Ende der 70er Jahre beim Wort und bereiteten der Roten Armee die bis dahin größte Niederlage ihrer Geschichte.

V. Mit dem Niedergang des Ostblocks und dem Ende des »golden age of capitalism« (Eric Hobsbawm) scheint die Geschichte tatsächlich an ihr Ende gekommen zu sein. Der Kalte Krieg trug noch dazu bei, dass einige zentrale Parolen des bürgerlichen Zeitalters – allen voran die Aussage, ein jeder sei seines Glückes Schmied – auch über das Ende dieser Epoche hinaus eine gewisse Gültigkeit für sich beanspruchen konnten. So konnte das clevere Taktieren verschiedener Trikontstaaten im Rahmen des Ost-West-Konfliktes gelegentlich durchaus zu einer bescheidenen Steigerung des Lebensstandards führen. Inzwischen ist mit dem zweiten, subventionierten Weltmarkt des RGW die Bedingung dieser Möglichkeit implodiert; der erste, nunmehr einzige Weltmarkt hat keine Verwendung für die Überflüssigen und ihre Produkte mehr. Spätestens seit 1989/90 ist die »eine Menschheit« auf Schicksal und auf blinden Naturzusammenhang zurückgeworfen. »Der Gesellschaftszustand«, so Wolfgang Pohrt, »reproduziert seine ideologische Existenzbedingung nicht mehr, nämlich die mit seiner Unerträglichkeit versöhnende Illusion, er werde sich kontinuierlich zum Besseren ändern, denn alles Schlechte an ihm sei Übergangserscheinung und Restbestand, Hinterlassenschaft von Verhältnissen, die man gerade überwindet. [...] Seither hat, wie sich ohne Pathos und Übertreibung sagen lässt, die Menschheit keine Zukunft.«

Weil die Menschheit keine Zukunft mehr hat, träumen die Menschen von der Vergangenheit. Sie sehnen sich nach ihrer Kindheit bzw. der Kindheit der Gattung zurück, nach einer Zeit, in der Kapitalismus und Weltmarkt noch nicht existierten, die Menschen sich in Sippen, Stämmen und Clans organisierten und die Konflikte scheinbar überschaubar waren. Bei diesem Kampf um die Kindheit stehen sie allerdings vor einem Problem: Die guten alten Zeiten, in denen nichts gut war – Kindheit besteht in der Regel aus einer Aneinanderreihung von Unsicherheiten, Demütigungen durch Eltern und Geschwister und Quälereien durch Gleichaltrige –, können nicht wiederkehren, weil die vorkapitalistischen Gemeinwesen irreparabel und unwiderruflich zertrümmert sind.

Da sie die Ausweglosigkeit ihrer Bemühungen ahnen, verzichten die neuen Antiimperialisten weitgehend auf rationale politische Programme und Forderungen; sie beschränken sich stattdessen auf die Mobilisierung für den permanenten Kampf. Wenn die Menschheit keine Zukunft mehr hat und die Vergangenheit unwiederbringbar ist, so lautet ihr Motto, bleibt nur der Tod. Oder mit den Worten Wolfgang Pohrts: Im Bewusstsein ihrer eigenen Überflüssigkeit, »im Bewusstsein der Tatsache vielleicht, dass sie auf der Welt nichts mehr zu suchen hätten, sind die Menschen weltweit mit selbstzerstörerischer Aggressivität erfüllt«. Die zentrale Organisationsform des neuen Antiimperialismus ist daher das wild um sich schlagende Selbstmordracket, sein idealtypischer Repräsentant der Islamismus. Der Islamismus verspricht seinen Anhängern nicht nur ein Leben nach der Hölle auf Erden. Er bedient zugleich das Bedürfnis nach dem permanenten Kampf gegen Gemeinschaftsschädlinge, permanenter Mobilisierung und dem Untergang als Stahlbad. In Gruppen wie Al Qaeda hat der

Antiimperialismus, der die Menschen seit jeher im Kampf zum Opferkollektiv zusammenschweißt, damit zu sich selbst gefunden; die antiimperialistischen Bewegungen sind mit Bin Laden und Co. zu dem geworden, was sie potentiell schon immer waren.

VI. Dieser selbstmörderische Kampf um Ursprünglichkeit, Kindheit und Zurück-zur-Natur dürfte es sein, der Antiimps, Traditionsmarxisten und Autonome für die Aufstandsbewegungen in der Dritten Welt begeistert. Anders als immer wieder behauptet – zuletzt auch von Moishe Postone –, sind diese Linken nicht mehr im »Bezugsrahmen des Kalten Krieges« gefangen; sie bewegen sich nicht in Endlosschleife in einer Zeit, in der das Beschießen eines amerikanischen Panzers tatsächlich im Sinne der Aufklärung sein konnte. Weite Teile der radikalen Linken haben sich vielmehr bereits in den 70er Jahren von den Kategorien des Ost-West-Konfliktes verabschiedet.

Hierzu ein kleiner Exkurs: Der Bezug auf die antiimperialistischen Bewegungen in der Dritten Welt hatte zwar auch schon vor 1970 einen projektiven Charakter – da das Proletariat lieber zu Siemens als zum Sit-in ging, hatten bereits die Keimzellen der Protestbewegung ihre revolutionären Sehnsüchte in andere Gegenden der Erde verlagert. Dennoch bestanden weite Teile der Neuen Linken lange Zeit auf dem Unterschied zwischen Ho Chi Minh und Konrad Henlein; ihre Sehnsüchte beinhalteten die Hoffnung auf eine Einlösung des bürgerlichen Glücksversprechens. So berichtet Dan Diner, dass die Protestbewegung in der Aufbruchphase um 1967 einen Internationalismus »in einem sehr jüdischen, nämlich kosmopolitischen Sinn« pflegte. Soll heißen: Im Protest gegen den Vietnamkrieg ging es nicht so sehr um eine Parteinahme für die Nation Vietnam und gegen die Nation Amerika; der Krieg wurde vielmehr als Teil eines weltweiten Kampfes um Befreiung und für ein besseres Leben begriffen.

Als sich die Protestbewegung schließlich in verschiedene Sekten auflöste, verlor ihr Internationalismus, wie von Detlev Claussen am Ende der 70er Jahre festgestellt wurde, »das Bewusstsein des Unterschieds«; sie kam dort an, wo Rudi Dutschke und Bernd Rabehl schon warteten: bei Volk, Verzicht und selbst gestricktem Ringelpullover. Spielte die Rhetorik der nationalen Befreiungsbewegungen um 1967 noch eine entscheidende Rolle für die Positionierung der radikalen Linken, genügte zehn Jahre später oft bereits der Verweis auf die Verteidigung der eigenen Kultur gegen äußere Einflüsse als Impuls für die Gründung einer Solidaritätsgruppe. Für diese Entwicklung war nicht nur der Rückgriff auf die Parolen der 20er Jahre verantwortlich. Zu dieser Traditionalisierung gesellte sich – insbesondere bei denjenigen, die sich dem autoritären Aufbruch der K-Gruppen am Anfang der 70er Jahre verweigert hatten – am Ende des Jahrzehnts eine positive Bezugnahme auf Kategorien wie Kultur, Autochthonie und kulturelle Identität. Kultur wurde, nicht zuletzt in Folge der Auseinandersetzung mit postmodernen Theoretikern, nicht mehr in ihrer gesamten Widersprüchlichkeit wahrgenommen; ihr wurde vielmehr ein Widerstandspotential gegen die kritisierte Vereinheitlichung von Lebensstilen im Kapitalismus zugeschrieben. Kapitalismuskritik mutierte damit allmählich zur Kritik der Moderne und der Zivilisation. Die Kritik der politischen Ökonomie schlug in antiwestliches Ressentiment um. Und die frühere Kritik an Ausbeutung und Unterdrückung wurde zur Kritik der Amerikanisierung.

Im Zuge dieser Entwicklung begeisterte sich die radikale Linke immer häufiger für Bewegungen und Staaten, die in dieser Hinsicht Identifikationsmöglichkeiten boten, für Bewegungen und Staaten also, deren Kampf an die Form des Antiimperialismus erinnerte, mit der der pragmatische Befreiungsnationalismus der Sowjetunion bereits in den 20er Jahren in Konflikt geraten war. Als Mitte der 70er Jahre die ersten Nachrichten über den Terror der Roten Khmer an die Öffentlichkeit kamen, war in der Kommunistischen Volkszeitung, dem Zentralorgan des KBW, zu lesen: »Fröhlich stimmt dieses Gezeter [über die Gräueltaten des Pol-Pot-Regimes; J.G.] die werktätigen Massen und jeden Revolutionär, bestätigt doch die hilflose Wut der herrschenden bürgerlichen Klasse, dass es mit der Diktatur in Kambodscha endgültig vorbei ist. Wenn sie ‚Zwangsarbeitslager‘, ‚Gleichmacherei‘ heult, so heißt das bloß, dass nachdem die Arbeiter, Bauern und die revolutionäre Armee die Macht übernommen haben, auch die alten Parasiten und Blutsauger des Volkes gezwungen wurden, von eigener Hände Arbeit zu leben. [...] Wenn sie den Massen Verrohung und Verwilderung vorwerfen, heißt das, die Massen haben eine wirkliche demokratische Herrschaft errichtet.« Als die Rote Armee 1979 schließlich in Afghanistan einmarschierte, um dort gegen Mullahs, Feudalherren und Clanfürsten vorzugehen, verzichtete zwar zumindest das sowjetmarxistische Spektrum auf Kritik. Die Mehrheit der radikalen Linken begeisterte sich allerdings für die islamischen Gotteskrieger, die Frauen wieder unter den Schleier zwangen, Schulen schlossen und medizinische Einrichtungen zerstörten: Mitglieder der Grünen posierten am Khaiberpass auf einem zerschossenen Sowjetpanzer. In der Punkszene, die wie so oft als ideeller Gesamtlinker auftrat, sorgte ein Lied mit dem Titel »Guns for the Afghan Rebels« (Angelic Upstarts) für Begeisterung. Und in der Zeitschrift Radikal wurden im Stile neurechter Kampfblätter Lobreden auf Ethnopluralismus gehalten: »Wenn [...] ein Modernisierungsprogramm ohne Rücksicht auf Tradition und religiöse Gefühle und zudem so brutal (und dilettantisch) durchgeführt wird, dann darf man sich über Widerstand nicht wundern, trage auch er vordergründig (sic!) reaktionäres Gesicht. Ich meine, dass wir den Begriff der internationalen Solidarität nicht nur erneuern müssen, sondern auch erweitern. Erweitern um die Toleranz den Emanzipationsbewegungen gegenüber, die für unsere Begriffe falsche oder Umwege zu gehen scheinen – aber die Revolution muss die Sache der Völker selbst sein.«

Zwischen den Aktivitäten der rechten und linken Freunde der »unterdrückten Völker« konnte in der Folgezeit oft kaum noch unterschieden werden. Als im Rhein-Main-Gebiet 1982 Anschläge auf US-Soldaten, amerikanische Wohnviertel und ein Krankenhaus der US-Army verübt wurden, wusste weder die linke noch die bürgerliche Presse, ob die Bomben von den Revolutionären Zellen oder von Neonazis deponiert worden waren. Die Revolutionären Zellen sahen sich daraufhin zu einem Dementi veranlasst, in dem sie sich vergeblich um eine Unterscheidung von Antiimperialismus und Antiamerikanismus bemühten; in der Radikal wurde verharmlosend von »Grenzfällen« gesprochen.

VII. Ähnliches ist auch heute immer wieder zu beobachten: Der Aufruf zum internationalistischen Block des letzten LLL-Geisterzuges könnte für den nächsten NPD-Aufmarsch recycelt werden. Wenn im Ruhrgebiet eine Demonstration unter dem Titel »Keine

Waffen für Israel« stattfindet, weiß man nicht, ob sie von den regionalen Freien Kameradschaften oder vom linksradikalen Duisburger Initiativ e.V. organisiert wird. Und Horst Mahler könnte unter dem Pseudonym Werner Pirker in der Jungen Welt schreiben – niemand würde es bemerken. Der Unterschied zur Zeit des Kalten Krieges: Das alles ist inzwischen irrelevant. Die radikale Linke hat ihre Aufgabe – die Konservierung des Irrsinns von Volk, Ursprünglichkeit und Verzicht in einer Zeit, in der kein großer Bedarf daran bestand – erfüllt; sie ist verdienstermaßen marginalisiert. Ihr Antiimperialismus, der neuerdings unter dem Label »Anti-Globalisierung« auftritt, ist allerdings im politischen Mainstream angekommen. Um etwas über den »gerechten Kampf der unterdrückten Völker« zu erfahren, müssen die Freunde nationaler Selbstbestimmung keinen Vortrag eines linksradikalen Selbstfindungszirkels mehr besuchen. Es genügt vielmehr, die Frankfurter Rundschau oder die Süddeutsche Zeitung aufzuschlagen, den Bericht über Tschetschenien auf Phönix zu schauen oder am Sonntagabend nach der Lindenstraße nicht gleich abzuschalten, sondern sich noch den Weltspiegel anzusehen. Für diese Entwicklung gibt es mindestens zwei Gründe: 1. In Redaktionsstuben, Stiftungen und NGOs sitzen ehemalige K-Grüppler, Spontis und Autonome, die sich gar nicht so sehr verändert haben, wie immer wieder behauptet wird. 2. Das Ende des »goldenen Zeitalters« des Kapitalismus ist nicht nur in der Dritten Welt zu spüren, wo auch in der Zeit des Ost-West-Konfliktes nur eine Resteverwertung stattfand. Auch in Europa kann seit Mitte der 70er Jahre, insbesondere allerdings seit dem Ende des Kalten Krieges verstärkt erfahren werden, dass die Angst vor der eigenen Überflüssigkeit, die ohnehin zur Grundausstattung jedes Arbeitskraftbehälters gehört, nicht unberechtigt ist. Wie schon in den 20er und 30er Jahren, als die Zukunft der Menschheit nach dem Scheitern der europäischen Revolutionen das erste Mal vertagt wurde, wird diese Krise von einem gesellschaftlichen Krisenbewusstsein antizipiert und sekundiert. Die Massenbewegungen der letzten 20 Jahre (Umwelt, Anti-Atom, Anti-Globalisierung, Frieden), ihr Beifall für das einfache und gerechte Leben auf dem Land, ihre Begeisterung für Naturprodukte, Survival-Urlaube und Outdoor-Kleidung lassen nicht nur vermuten, dass man sich auch in Europa nach der Kindheit, d.h.: nach Sippe, Clan, Natur und Ursprünglichkeit zurück sehnt. Ihre Verlautbarungen lassen zugleich den Rückschluss zu, dass sich ihre Anhänger damit arrangiert haben, dass der Kampf für diese Wünsche zwangsläufig apokalyptische Züge tragen wird. So waren sowohl die Protagonisten der Anti-Atomkraft- als auch der verschiedenen Friedensbewegungen vom Atomkrieg, von explodierenden Meilern und umherschweifenden Giftgasschwaden oft weniger schockiert als fasziniert. Als Vertreter der Friedensbewegung nach dem letzten Irakkrieg darauf hingewiesen wurden, dass sich ihre Prognosen von Millionen Toten, Giftgaseinsatz und Weltbürgerkrieg nicht erfüllt hatten, reagierten sie nicht erfreut – obwohl man in einem solchen Fall froh sein müsste, zugeben zu dürfen, dass man sich geirrt hat. Sie verhielten sich vielmehr aggressiv, fast so, als wären sie enttäuscht darüber, dass der Weltuntergang doch ausgeblieben war.

Vor diesem Hintergrund kann vermutet werden: Ebenso wenig wie die marginalisierte radikale Linke täuscht sich die europäische *moral majority* aus Globalisierungsgegnern und Friedensfreunden in den Zielen, Plänen und Aktivitäten ihrer antiimperialistischen Schützlinge

in der Dritten Welt. Ihre Begeisterung für Ursprünglichkeit, ihre Freude am Untergang und vor allem der Enthusiasmus, mit dem sie jede erneute Sauerei ihrer Verbündeten im Trikont rechtfertigt, legt vielmehr nahe: Gerade diese Sauereien, der antiwestliche Krieg, der Tugendterror und das blinde Um-sich-schlagen der diversen Selbstmordsekten, werden als Stellvertreterkampf für die eigenen Wünsche und Sehnsüchte begriffen.

* Der Text basiert auf einem Vortrag, den der Autor im Januar 2006 in Münster gehalten hat.